

Antrag
des
Verkehrs-Ausschusses

über den Antrag gemäß § 34 LGO des Abgeordneten Mag. Keyl betreffend Maßnahmen zur Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs in Niederösterreich

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„1. Die NÖ Landesregierung wird ersucht, bedarfsorientierten und flexiblen öffentlichen Verkehr durch Kombination von Linienverkehr mit Bedarfsverkehr in den Regionen umzusetzen.

2. Die NÖ Landesregierung wird ersucht, im eigenen Wirkungsbereich tätig zu werden und an die Bundesregierung, insbesondere an die Ministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, heranzutreten, um

- Taktverdichtungen im bundesländerübergreifenden öffentlichen Bahnverkehr und den Ausbau der Infrastruktur zwecks Verbesserung der Serviceleistung zu ermöglichen;
- die Implementierung eines Informations-, Auslastungs- und Reservierungsmanagements samt einem Reservierungssystem für Park&Ride-Anlagen weiter voranzutreiben;
- den Ausbau der Bahninfrastruktur im Zentralraum von Niederösterreich zu forcieren, um damit ein attraktives Angebot möglichst zeitnah gemeinsam sicherstellen zu können;

- den rechtlichen Rahmen zu schaffen, um neben Personenkraftwagen auch den Einsatz von (Klein)bussen im Bedarfsverkehr zu ermöglichen, damit speziell bei kombinierten Ausschreibungen Umweltschutz und Wirtschaftlichkeit verstärkt Rechnung getragen werden kann.

3. Durch diesen Antrag gemäß § 34 LGO 2001 werden die Anträge Ltg.-21/A-4/1-2023 und Ltg.-41/A-3/1-2023 miterledigt.“

Mag. Suchan-Mayr
Berichterstatterin

Mag. Keyl
Obmann